

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Evangelische Volkspartei der Schweiz

Abkürzung der Firma / Organisation : EVP

Adresse : Nägeligasse 9, Postfach 294, 3000 Bern 7

Kontaktperson : Niklaus Hari

Telefon : 031 311 18 44

E-Mail : niklaus.hari@evppev.ch

Datum : 11. September 2014

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am 12. September 2014 an folgende E-Mail Adresse:
dm@bag.admin.ch und tabak@bag.admin.ch
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")	5
Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"	6
Entwurf Tabakproduktegesetz	6
Unser Fazit	14
Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
EVP	<p>Allgemeine Würdigung</p> <p>Die EVP begrüsst es, dass Tabakprodukte neu in einem eigenständigen Gesetz geregelt werden. Der vorliegende Entwurf enthält zahlreiche Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht, jedoch auch einige Lücken. Damit der gesundheitliche und volkswirtschaftliche Schaden, der durch den Tabakkonsum verursacht wird, wirkungsvoll eingedämmt werden kann, sind unseres Erachtens entscheidende Änderungen am Entwurf notwendig.</p>
EVP	<p>Kinder- und Jugendschutz</p> <p>An erster Stelle muss der Schutz von Kindern und Jugendlichen stehen. Der Entwurf sieht dazu einige Massnahmen vor, weitere wird die EVP nachstehend vorschlagen. Mangelhaft geregelt ist jedoch die Umsetzung und der Vollzug. Die EVP schlägt dazu eine Lösung vor, wie sie aktuell beim Alkoholhandelsgesetz vom Parlament oppositionslos genehmigt worden ist: Eine Meldepflicht für den Detailhandel mit Tabakprodukten verbunden mit der Möglichkeit, diesen vorübergehend oder dauerhaft zu verbieten, wenn wiederholt oder in schwerer Weise gegen die Jugendschutzmassnahmen verstossen worden ist. Mit einer solchen einfachen und akzeptierten Regelung erhalten die Behörden die nötige Handhabe, um den Jugendschutz einfach und wirksam zu vollziehen.</p>
EVP	<p>Werbung, Promotion und Sponsoring</p> <p>Wegen ihrem Gefährdungspotential ist für alle Tabakprodukte ein umfassendes Werbe-, Promotions- und Sponsoringverbot zu erlassen. Zusätzlich zu den im Gesetz vorgeschlagenen Massnahmen fordert die EVP insbesondere ein Verbot der Werbung am Verkaufsort sowie der Verkaufsförderung durch Rabatte.</p>
EVP	<p>Verpackung</p> <p>In Australien dürfen seit Dezember 2012 Tabakwaren nur in werbefreien Einheitspackungen verkauft werden. Erste Forschungsergebnisse bestätigen, dass Einheitspackungen die Attraktivität des Rauchens vermindern und den Aufhörwunsch verstärken. In der EU können die Mitgliedstaaten aufgrund der neuen Richtlinie über Tabakerzeugnisse Standardpackungen vorschreiben. Nach Irland prüfen auch Grossbritannien und weitere Staaten diesen Schritt.</p> <p>Die Verpackung einer Ware dient zugleich der Werbung für die Ware. Die Tabakindustrie nutzt die Verpackung, um ihre Produkte besonders für ausgewählte Zielgruppen attraktiver zu machen. Das Tabakproduktegesetz ist deshalb so auszugestalten, dass die Einführung von Einheitspackungen grundsätzlich möglich ist. Die entsprechenden Vorschriften sollen an jene der neuen EU-Richtlinie angepasst werden.</p>

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

	<p>Die Warnhinweise mit Text, Bild und einem Hinweis auf die Rauchstopplinie sollen dabei auf beiden Breitseiten mindestens 80 Prozent belegen müssen. Zudem sind die Warnhinweise in der oberen Hälfte der Verpackung anzubringen.</p>
EVP	<p>Verkauf</p> <p>Die EVP unterstützt das vorgeschlagene Verkaufsverbot an Minderjährige und die Testkäufe zu dessen Einhaltung. Ebenfalls ist der Verkauf von Tabakwaren via Automaten zu untersagen oder sind diese zumindest mit einem wirksamen System zur Alterskontrolle zu versehen. Wichtig ist, dass bei einem Verstoß wie vorgeschlagen der Verkauf vorübergehend oder dauerhaft ausgesetzt werden kann.</p> <p>Der Vorentwurf erlaubt neu den Verkauf von E-Zigaretten mit Nikotin. Diese Lockerung darf nicht dazu führen, dass sich nikotinhaltige E-Zigaretten wegen ihrer einfachen Erhältlichkeit für Kinder und Jugendliche zu einer Eingangspforte in die Nikotinsucht entwickeln. Es ist deshalb wichtig, dass E-Zigaretten sowohl mit und ohne Nikotin den gleichen Bestimmungen unterliegen wie die anderen Tabakprodukte.</p>
EVP	<p>Illegaler Handel mit Tabakwaren</p> <p>Im Vorentwurf des Bundesrates fehlen Massnahmen, um die internationalen Forderungen und auch Verpflichtungen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Tabakwaren zu erfüllen. Das Protokoll gegen den illegalen Handel mit Tabakprodukten von 2012 verlangt als Standard ein System zur lückenlosen Überwachung und Verfolgung von Tabakwaren.</p> <p>Fälschungssichere Sicherheitsmerkmale erlauben es Behörden wie Zoll und Polizei, entlang der ganzen Lieferkette echte von geschmuggelten oder gefälschten Produkten zu unterscheiden und gleichzeitig zu überprüfen, ob die Tabaksteuern entrichtet werden. Um ein unabhängiges und transparentes Vorgehen zu gewährleisten, muss die Kontrolle der Produktions- und Vertriebswege unabhängigen Drittorganisationen übertragen werden.</p> <p>Die EVP fordert die Einführung eines solchen Rückverfolgungssystems im Tabakproduktegesetz. Nur so kann der Zigaretten Schmuggel wirksam verhindert werden. Ein Abseitsstehen der Schweiz würde Lücken in der internationalen Zusammenarbeit von Zoll und Polizei zur Verhinderung des illegalen Handels schaffen.</p>
EVP	<p>Konsum von E-Zigaretten in öffentlich zugänglichen Räumen und Arbeitsplätzen</p> <p>Die EVP begrüsst die vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen, wonach auch E-Zigaretten unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen sollen. Eine Gefährdung von Dritten durch Inhaltsstoffe der E-Zigaretten ist nach aktuellem Wissensstand nicht auszuschliessen. Weiter sehen E-Zigaretten den Tabakzigaretten zum Verwechseln ähnlich. Bei Kindern und Jugendlichen kann so der Eindruck entstehen, der Nikotinkonsum sei eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, was den Konsum dieser Produkte fördern kann.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")		
Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung
EVP	1.3.2	<p>Verworfenne Regelungen</p> <p>Die enormen gesundheitlichen Auswirkungen des Tabakkonsums werden im erläuternden Bericht eingehend behandelt. Es wird ebenfalls auf die hohe Gesamtoxizität von Tabakprodukten hingewiesen. Es ist davon auszugehen, dass Tabakerzeugnisse beim heutigen Wissensstand nie und nimmer neu zum Verkauf zugelassen würden. Diese Tatsachen müssten den Gesetzgeber eigentlich zur Einsicht bringen, dass Tabakprodukte in keiner Weise mit anderen legal erhältlichen Konsumprodukten vergleichbar sind. Für die Gesetzgebung bedeutet dies, dass der Gesundheitsschutz gegenüber anderen verfassungsmässigen Rechten wie zum Beispiel der Handels- und Gewerbefreiheit immer Vorrang haben muss. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat dem Vorschlag der Eidg. Kommission für Tabakprävention für ein umfassendes Verbot der Werbung, der Promotion und des Sponsorings nicht nachgekommen ist.</p>
EVP	1.4	<p>Vergleich mit ausländischem Recht</p> <p>Im erläuternden Bericht wird erwähnt, dass der Vorentwurf zu einer Annäherung der schweizerischen Bestimmungen an die europäischen und internationalen Regeln im Bereich Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring beitragen soll. Die Vorschläge des Bundesrates entsprechen jedoch angesichts der internationalen Rahmenkonvention über Tabakkontrolle der Weltgesundheitsorganisation (in Kraft seit dem 27. Februar 2005) nicht den internationalen Standards. Auch die Mehrheit der europäischen Länder kennen weitergehende Einschränkungen von Werbung, Promotion und Sponsoring als sie der Bundesrat vorschlägt. Der Bundesrat gibt an, sich an den Vorschriften unserer Nachbarländer zu orientieren, lässt dabei jedoch ausser acht, dass mindestens zwei Nachbarstaaten (F, I) seit längerem viel weitergehende Bestimmungen kennen.</p>
EVP	1.4.3	<p>Internationales Recht: WHO-Tabakkonvention</p> <p>Gemäss dem erläuternden Bericht will der Bundesrat die Bedingungen zur Ratifizierung der Internationalen Rahmenkonvention über Tabakkontrolle der WHO erst nach der Verabschiedung des Gesetzesentwurfes prüfen. Die Schweiz hat die WHO-Konvention 2004 unterzeichnet. Weltweit haben 178 von 192 Mitgliedstaaten der WHO die Konvention ratifiziert. Die Schweiz ist neben Andorra und Liechtenstein das einzige Land in Europa, welches die WHO-Konvention noch nicht ratifiziert hat. Für die EVP ist deshalb klar, dass das Tabakproduktegesetz bereits so ausgestaltet sein muss, dass einer Ratifizierung der Konvention nichts mehr im Wege steht.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"

Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung
EVP	2.3	<p>Allgemeine Ausführungen zur Verfassungsmässigkeit</p> <p>In den allgemeinen Ausführungen zur Verfassungsmässigkeit wird einerseits richtigerweise hervorgehoben, dass sich die Werbung nachweislich auf den Konsum auswirkt, andererseits wird argumentiert, dass angesichts der Tatsache, dass Tabakprodukte weiterhin einen legalen Status haben, ein absolutes Werbeverbot unverhältnismässig wäre. Diese Feststellung steht im Gegensatz zu einem der Hauptziele des Gesetzes, nämlich den Konsum von Tabakprodukten zu reduzieren. Partielle Werbeeinschränkungen führen nicht zu einer Abnahme der Werbung und Promotion von Tabakprodukten, sondern lediglich zu einer Verschiebung der entsprechenden Vermarktungsmassnahmen und -budgets.</p> <p>Des weiteren wird auf mehrere Bundesgerichtsentscheide zu Werbeverboten eingegangen. In seiner Argumentation macht das Bundesgericht deutlich, dass der Gesundheitsschutz der Bevölkerung die Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit rechtfertige.</p>
EVP	2.3	<p>Verkaufsförderung, Art. 14</p> <p>In den Erläuterungen wird richtigerweise festgehalten, dass höhere Preise eine der wichtigsten Massnahmen zur Tabakprävention darstellen. Ein besonderer Effekt wird bei Personen mit geringem Einkommen, wie beispielsweise Jugendlichen, festgestellt. Der erläuternde Bericht weist darauf hin, dass in den USA heute 84% der Werbeausgaben für Preisnachlässe eingesetzt werden. Das lässt darauf schliessen, dass diese Massnahme für die Industrie besonders lukrativ und effizient ist. Will das Gesetz den Tabakkonsum insbesondere von jungen Menschen verringern, darf im Gegensatz zum Vorentwurf keine Möglichkeit offen gelassen werden, Preisnachlässe zu offerieren.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Entwurf Tabakproduktegesetz

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung
EVP	1	2	c	<p>Vorgeschlagene Ergänzung:</p> <p>c. der illegale Handel mit Tabakprodukten eingeschränkt werden.</p>

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

				<p>Begründung:</p> <p>Im Zusammenhang mit dem Protokoll gegen den illegalen Handel mit Tabakprodukten von 2012, welches ein System zur lückenlosen Überwachung und Verfolgung von Tabakwaren verlangt, ist diese Ergänzung des Zweckartikels wichtig.</p>
EVP	2	1		<p>Vorgeschlagene Ergänzung:</p> <p>1 Dieses Gesetz gilt für Tabakprodukte; die Bestimmungen über die Werbung gelten zudem auch für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit dem konsumierten Tabakprodukt bilden (bisher) oder die dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt tragen (neu).</p> <p>Begründung:</p> <p>Es muss verhindert werden, dass die Tabakindustrie ihre Tabakprodukte mit Nichttabakprodukten (z.B. Kleider) bewerben kann. Dies ist im aktuellen Vorschlag in Art. 13 Abs. 1. Bst. b Ziff. 1 zwar so geregelt. Da die EVP dort aber ein generelles Werbeverbot ohne detaillierte Aufzählung möglicher Ausnahmen vorschlägt, muss anderweitig präzisiert werden, dass sich die Werbeeinschränkungen auch auf Gegenstände beziehen, die keine funktionelle Einheit mit Tabakprodukten bilden, aber dieselbe oder eine leicht geänderte Marke wie Tabakprodukte tragen.</p> <p>Die Bestimmungen über die Werbung müssen zudem auch auf E-Zigaretten ohne Nikotin anwendbar sein. Dies soll explizit im Gesetz festgehalten werden (und nicht der allg. Kompetenz des Bundesrates in Art. 3 Abs. 3 überlassen werden). Dazu sind zwei Lösungsansätze denkbar: Entweder werden in Art. 3 Abs. 2 Bst. b explizit auch die E-Zigaretten ohne Nikotin den Tabakprodukten gleichgestellt (siehe entsprechenden Änderungsvorschlag). Oder aber Art. 2. Abs. 1 wird wie folgt formuliert:</p> <p>1 Dieses Gesetz gilt für Tabakprodukte. Die Bestimmungen über die Werbung gelten zudem auch für:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit dem konsumierten Tabakprodukt bilden; (bisher) b. Gegenstände oder Dienstleistungen, welche dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt tragen; (neu) c. Produkte ohne Tabak, die wie Tabakprodukte verwendet werden und die zum Inhalieren bestimmte nikotinhaltige oder nicht nikotinhaltige Substanzen freisetzen (namentlich E-Zigaretten). (neu)
EVP	3	1	c	<p>Vorgeschlagene Ergänzung:</p> <p>c. Sponsoring: jede Art von Beitrag zu einer Veranstaltung oder Tätigkeit sowie jede Art von Unterstützung von Einzelpersonen mit dem Ziel oder der direkten oder indirekten Wirkung, den Konsum von Tabakprodukten zu fördern, (bisher), das Image einer in der Tabakbranche tätigen Firma bzw. einer ihrer Marken zu pflegen oder den</p>

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

				<p>Bekanntheitsgrad einer solchen Firma bzw. Marke zu erhöhen. (neu)</p> <p>Begründung:</p> <p>Die vorgeschlagene Definition von Sponsoring genügt nicht. Sponsoring hat oft breitere Ziele als die reine Absatzförderung (diese ist Sache der klassischen Werbung). Sponsoring dient oft der Marken- und Imagepflege, was sich im Gesetz niederschlagen muss. Ansonsten ist das Schlupfloch vorprogrammiert, weil die Industrie sagen können wird, sie betreibe kein Sponsoring gemäss diesem Gesetz.</p>
EVP	3	2	b	<p>Vorgeschlagene Ergänzung:</p> <p>b. Produkte ohne Tabak, die wie Tabakprodukte verwendet werden und die zum Inhalieren bestimmte nikotinhaltige (bisher) oder nicht nikotinhaltige (neu) Substanzen freisetzen (namentlich E-Zigaretten).</p> <p>Begründung:</p> <p>Auch E-Zigaretten ohne Nikotin müssen den Tabakprodukten gleichgestellt werden. Die Bestimmung in Art. 3 Abs. 3 reicht nicht aus. Es genügt nicht, wenn der Bundesrat einzelne Bestimmungen des Gesetzes nur dann auf E-Zigaretten ohne Nikotin anwenden kann, wenn es für den Gesundheitsschutz erforderlich ist. Auch wenn E-Zigaretten ohne Nikotin kaum gesundheitlich bedenkliche Stoffe freisetzen sollten, besteht die Gefahr, dass deren Gebrauch die Einstiegsschwelle zum Tabak- und Nikotinkonsum insbesondere für Kinder und Jugendliche senkt (Nachahmung einer rauchähnlichen Handlung).</p>
EVP	4	1		<p>Vorgeschlagene Änderung und Ergänzung:</p> <p>1 Wer Tabakprodukte in Verkehr bringt (bisher) oder exportiert (neu), muss dafür sorgen, dass die Anforderungen dieses Gesetzes eingehalten werden. (bisher / Rest streichen, neu) Er muss die lückenlose Verfolgbarkeit der Tabakprodukte entlang der Lieferkette gewährleisten. (neu)</p> <p>1ter Art. 6 gilt auch für Tabakprodukte, die für den Export bestimmt sind. (neu)</p> <p>Begründung:</p> <p>Zu 1: Die vom Bundesrat vorgeschlagene Selbstkontrolle genügt nicht. Das Protokoll gegen den illegalen Handel mit Tabakprodukten von 2012 verlangt ein System zur lückenlosen Überwachung und Verfolgung von Tabakwaren. Die Schweiz darf bei diesem wichtigen Punkt nicht abseits stehen. Um ein unabhängiges und transparentes Vorgehen zu gewährleisten, muss die Kontrolle über die Produktions- und Vertriebswege durch unabhängige Drittorganisationen erfolgen und nicht durch die Tabakindustrie selbst.</p> <p>Zu 1ter: Tabakwaren, die für den Export in Nicht-EU-Länder bestimmt sind, weisen z.T. höhere Schadstoffkonzentrationen</p>

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

				auf, als es die aktuelle Tabakverordnung zulässt. Mit der vorgeschlagenen Bestimmung soll die Schweiz ihre Verantwortung gegenüber der Gesundheit in Drittländern wahrnehmen.
EVP	4	2		<p>Vorgeschlagene Änderung</p> <p>2 Der Bundesrat regelt die Einzelheiten des Systems zur lückenlosen Verfolgbarkeit von Tabakprodukten. (neu) Er kann gewisse Untersuchungsverfahren für verbindlich erklären. (bisher)</p> <p>Begründung:</p> <p>Nötige Anpassung infolge der Änderungen in Art. 4 Abs. 1.</p>
EVP	6			Wird von der EVP ausdrücklich begrüsst.
EVP	7	1bis		<p>Ergänzung, neuer Absatz:</p> <p>1bis Er legt weiter fest, welche Identifikations- und Sicherheitsmerkmale die Verpackungen von Tabakprodukten tragen müssen, sodass ihre Rückverfolgbarkeit bis zum Hersteller gewährleistet ist.</p> <p>Begründung:</p> <p>Ergänzend zu den Änderungen in Art. 4 Abs. 1 wird hier die Einführung eines lückenlosen Rückverfolgungssystems, wie es auch die neue Tabakprodukterichtlinie der EU vorsieht, noch einmal bekräftigt.</p>
EVP	9			Wird von der EVP ausdrücklich begrüsst.
EVP	13	1		<p>Hauptantrag, vorgeschlagene Ergänzung:</p> <p>1 Werbung für Tabakprodukte sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit den konsumierten Tabakprodukt bilden (bisher) oder die dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt tragen, (neu) sind verboten.</p> <p>Begründung:</p> <p>Art. 13, Abs. 1 ist so zu ergänzen, dass auch das Brand-stretching (Markentransfer) zweifelsfrei verhindert wird. Das ist aktuell zwar in Art. 13 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 so geregelt. Da die EVP jedoch nachstehend ein generelles Werbeverbot vorschlägt, ist es wichtig, diese Bestimmung in Absatz 1 zu übernehmen.</p>
EVP	13	1	a/b/c	Hauptantrag, vorgeschlagene Änderung:

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

				<p>Streichung der Buchstaben a - c</p> <p>Begründung:</p> <p>Aus Sicht der EVP soll jede Art von Werbung für Tabakprodukte gemäss dem ergänzten Art. 13 Abs. 1 verboten werden. Das macht eine Aufzählung von Ausgestaltung, Werbeträgern und Orten überflüssig. Falls dieser Vorschlag keine Mehrheit findet, macht die EVP nachstehende Eventualanträge zu den in den Buchstaben a - c beschriebenen Einschränkungen.</p>
EVP	13	1	b/6	<p>Eventualantrag, vorgeschlagene Änderung:</p> <p>b. 6. in Inhalten, die per Post zugestellt werden oder die elektronisch vermittelt werden, insbesondere im Internet oder in Computerspielen, (Rest streichen)</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Ausnahme soll gestrichen werden. Es ist nicht möglich zu verhindern, dass die erwähnten Sendungen nicht auch Kinder und Jugendliche erreichen.</p>
EVP	13	1	c/4	<p>Eventualantrag, neue Ziffer:</p> <p>c. 4. am Verkaufsort.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Tabakwerbung ist bereits sehr stark vertreten am Verkaufsort. Bei weiteren Einschränkungen der allgemeinen Werbung muss damit gerechnet werden, dass noch mehr Geld in diese Art von Vermarktungsmassnahmen fliesst.</p>
EVP	15	1		<p>Vorgeschlagene Änderung:</p> <p>1 Sponsoring ist verboten:</p> <p>a. für, Rest unverändert</p> <p>b. für, Rest unverändert</p> <p>c. an Veranstaltungen, die sich vorwiegend an ein junges Publikum richten, (neu)</p> <p>d. an sportlichen und kulturellen Veranstaltungen. (neu)</p> <p>Begründung:</p>

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

				Die vorgeschlagene Formulierung ist zu zahnlos. Sie würde aktuell keine einzige Veranstaltung in der Schweiz betreffen, die heute von der Tabakindustrie gesponsert wird. Insbesondere an Openairs und sportlichen Veranstaltungen ist die Präsenz der Tabakindustrie nicht erwünscht.
EVP	16	2		Vorgeschlagene Änderung: Streichen Begründung: Diese Ausnahme braucht es nicht.
EVP	17			Wird von der EVP ausdrücklich begrüsst.
EVP	18	1		Vorgeschlagene Änderung: 1 Die Abgabe von Tabakprodukten (bisher) und von E-Zigaretten mit und ohne Nikotin (neu) an Minderjährige sowie durch Minderjährige ist verboten. (bisher) Begründung: Damit das Abgabeverbot von E-Zigaretten ohne Nikotin an und durch Minderjährige garantiert ist, ist Art. 18 Abs. 1 wie vorgeschlagen zu ergänzen.
EVP	19			Wird von der EVP ausdrücklich begrüsst.
EVP	21	3		Vorgeschlagene Änderung: 1 Wer Tabakprodukte herstellt oder in Verkehr bringt (neu), muss dem BAG jährlich die Höhe der Ausgaben für Werbung, Verkaufsförderung, Sponsoring, (bisher) Spenden und sonstige Zuwendungen (neu) im Zusammenhang mit diesen Produkten melden. Begründung: 1. Die Meldepflicht für Hersteller und Importeure reicht nicht. Es ist zu einfach, alle Marketingmassnahmen in eine Tochterfirma auszugliedern, die selber keine Tabakprodukte herstellt oder einführt und sich damit dieser Transparenzpflicht zu entziehen. 2. Je weniger die Tabakindustrie direkt mit ihren Produkten in Erscheinung treten kann, desto intensiver wird sie versuchen, ihr Ansehen in der Gesellschaft und dadurch indirekt auch jenes ihrer Produkte mittels Spenden und

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

				Vergabungen zu steigern. Es ist deshalb wichtig, dass auch Spenden und übrige Zuwendungen in der Meldepflicht enthalten sind.
EVP	21a			<p>Vorgeschlagene Ergänzung:</p> <p>1 Wer Tabakprodukte im Detailhandel anbieten will, muss dies der zuständigen kantonalen Behörde melden.</p> <p>2 Der Bundesrat regelt den Inhalt und die Einzelheiten der Meldung.</p> <p>Begründung:</p> <p>In den Artikeln 29 und 30 des Entwurfs ist zwar festgehalten, dass die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen amtliche Kontrollen durchführen und Massnahmen ergreifen dürfen, falls die Resultate dieser Kontrollen unbefriedigend sind. Diese Arbeit wird den Behörden aber erheblich erleichtert, wenn ihnen aufgrund einer einfachen Meldepflicht bekannt ist, wer in ihrem Gebiet mit Tabakprodukten handelt bzw. handeln will. Die EVP schlägt deshalb eine Regelung analog zum Alkoholhandelsgesetz vor, welche bei letzterem im Parlament nicht bestritten worden ist. Der Vorschlag ist im Zusammenhang mit der Ergänzung von Art. 30 Abs. 2 Bst. d bis zu sehen, welche die Behörden ermächtigt, den Handel mit Tabakprodukten vorübergehend oder dauerhaft auszusetzen.</p>
EVP	28	3		<p>Vorgeschlagene Ergänzung:</p> <p>3 Sie können die Öffentlichkeit insbesondere informieren über wissenschaftliche Erkenntnisse von allgemeinem Interesse im Bereich des Gesundheitsschutzes, der Prävention der durch den Konsum von Tabakprodukten verursachten Krankheiten (bisher) und über Fehlinformationen, welche die gesundheitsschädigenden Folgen von Tabakkonsum verharmlosen. (neu)</p> <p>Begründung:</p> <p>Durch Fehlinformationen der Tabakindustrie werden die Konsequenzen des Tabakkonsums immer wieder verharmlost. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung soll es auch Behörden ausdrücklich erlaubt sein, über solche irreführenden Informationen zu informieren bzw. entsprechende Massnahmen von Dritten zu unterstützen.</p>
EVP	30	2	d bis	<p>Vorgeschlagene Ergänzung:</p> <p>d. bis den Detailhandel mit Tabakprodukten vorübergehend oder dauerhaft verbieten;</p> <p>Begründung:</p> <p>Die vorgeschlagene Regelung orientiert sich am Alkoholhandelsgesetz, welches eine entsprechende Bestimmung enthält, die im Parlament nicht bestritten worden ist. Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen sollen die Möglichkeit</p>

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

				haben, einzelnen Betrieben z.B. bei Verstoss gegen die Jugendschutzmassnahmen den Handel mit Tabakprodukten vorübergehend oder dauerhaft zu untersagen.
EVP	43			Die vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen, wonach unter anderem auch E-Zigaretten unter dessen Bestimmungen fallen, wird von der EVP ausdrücklich begrüsst. Nach aktuellem Wissensstand ist eine Gefährdung von Dritten durch Inhaltsstoffe von E-Zigaretten nicht auszuschliessen und es ist richtig, hier das Vorsorgeprinzip walten zu lassen. Zweitens sehen E-Zigaretten den Tabakzigaretten zum Verwechseln ähnlich. Bei Kindern und Jugendlichen könnte fatalerweise der Eindruck entstehen, der Nikotinkonsum sei eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vorentwurf Tabakproduktegesetz (TabPG): Vernehmlassungsverfahren

Unser Fazit	
<input type="checkbox"/>	Zustimmung
<input checked="" type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input checked="" type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung